



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 025-2024
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.45

Eingereicht am: 04.03.2024

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in)
Gasser (Ostermundigen, GLP)
Patzen (Bern, GRÜNE)
Eigenmann (Bern, Die Mitte)
Leuenberger (Uettiligen, EVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 07.03.2024

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Sicherung und Weiterentwicklung der ambulanten und intermediären Angebote wie Recovery College Bern und Freizeitzentrum metro, von Ausbildungsplätzen und geschützten Arbeitsplätzen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. mittels Nachkredit die Weiterführung der beiden präventiven Angebote Recovery Collage und Metro für das laufende Jahr zu sichern
2. den beiden neuen Trägerschaften mittels Leistungsvertrag Zukunftsaussichten zu sichern
3. die Ausbildungsplätze im Freizeitzentrum metro zu sichern
4. eine Lösung zu erarbeiten, wie die Arbeitsplätze im Holzplatz weitergeführt werden können; Behindertenverbände sind dazu einzubeziehen, um die Interessen der Betroffenen zu wahren
5. im nächsten VA/AFP und darüber hinaus mit Beiträgen die Innovation und Entwicklung von ambulanten Angeboten in der psychiatrischen Versorgung wie auch Anschlusslösungen für psychosoziale Angebote (Prävention, wie z. B. Freizeitgestaltung) finanziell zu fördern

Begründung:

Aus wirtschaftlichen Gründen baut die UPD im Sozialdienst Stellen ab und stellt die Unterstützung des Recovery College Bern (RCB) ein. Zudem müssen das Freizeitzentrum metro und die Werkstatt Holzplatz aus Kostengründen geschlossen werden.

Für den Holzplatz wurde eine Ersatzlösung für die geschützten Arbeitsplätze gefunden, allerdings mit einer grossen Qualitätseinbusse für die betroffenen Personen.

Der Abbau von Angeboten ist für die öffentliche Wahrnehmung, für Patientinnen und Patienten im speziellen, und die psychiatrische Versorgung ein schlechtes Zeichen, da nicht der Bedarf und die Bedürfnisse, sondern nur wirtschaftliche Überlegungen im Zentrum stehen. Doch die finanzielle Argumentation ist zu kurz gedacht.

Denn mit dem Abbau der Sozialdienste, des Freizeitentrums metro und des Recovery College Bern fallen für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen die spezialisierten Anlaufstellen weg, die das soziale Umfeld einer Patientin, eines Patienten mitberücksichtigen und damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung leisten. Dies ist wenig zielführend, denn diese Patientinnen und Patienten, die wiederkehrend in die Klinik eintreten, verlieren ihre Bezugspersonen im Sozialdienst. Die Aufnahme kann nicht auf dem bestehenden Wissen zur psychosozialen Patientensituation erfolgen.

Die Angebote, die zu einem konstruktiven sozialen Lernfeld und somit zu einem Teil der Tagesstruktur beitragen, sind nicht mehr vorhanden. Wertvolles Wissen geht verloren. Die Folgen sind Doppelspurigkeiten sowie ein Mehraufwand für die Fachpersonen und ein einschneidender Qualitätsabbau für Menschen mit psychischer Erkrankung und ihre Angehörigen.

Weiter führt der Abbau zu einem Attraktivitätsverlust der Arbeitsplätze, sowohl im Bereich der sozialen Arbeit wie auch in der Pflege und bei der Ärzteschaft. Dies erschwert es den UPD zusätzlich, den Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken.

Durch den mit dem Abbau einhergehenden Verlust von Ausbildungsplätzen wird diese Situation zusätzlich verschärft.

Bereits jetzt bestehen grosse Lücken und Finanzierungsprobleme, insbesondere in ambulanten Angeboten. Dies führt zu teureren stationären Aufenthalten, die vermieden werden könnten. Deshalb ist es angezeigt, dass der Kanton bewährte Angebote wie das Recovery College Bern, das Freizeitzentrum metro oder den Holzplatz finanziell unterstützt.

Im Moment versuchen die von der UPD nicht mehr finanzierten Angebote sich in neuen Trägerschaften zu organisieren: Das Recovery College Bern (RCB) ist bereits ein Verein und die Vereinsgründung für das Freizeitzentrum metro steht kurz bevor. Damit sie starten und den Betrieb weiterführen können, brauchen sie eine gesicherte Finanzierung.

Begründung der Dringlichkeit: Die Versorgungssituation ist im Bereich der psychischen Gesundheit ohnehin bereits prekär, und mit der Streichung dieser Angebote durch die UPD AG droht ein weiterer einschneidender Qualitätsverlust. Zudem verlagert sich ein grosser Mehraufwand auf die schon sehr belasteten Fachpersonen im stationären und ambulanten Bereich.

Verteiler

– Grosser Rat